

Hoffentlich gelingt es dem Reichstagskler, mit dem Ziel seiner Kräfte die aufserordentlichen Wogen zu dämpfen. Was er sagt, Klingt einigermaßen feidlich; auch das Bild vom Tsar wird im Ausland nicht als Herausforderung aufgefasst werden können, weil ja der Tsar ein ausgezeichnetes Ziel von ruhigem Temperamente und stillen in sich getektem Weise ist. Vom Tsar kann die deutsche Weltpolitik noch immer etwas lernen.

Ein Jahr des Staatsstreiches.

Es wird uns geschildert:

Am 16. Juni 1907 wurde laut Befehl des Zaren die zweite Duma aufgelöst, die sozialdemokratische Partei gesperrt genommen und ein neues Wahlgesetz erlassen, das die Volksvertretung den Jüngern und Kapitalisten auslieferte. Durch einen frechen Gewaltstreit wurde das Volk um den größten Teil seiner politischen Rechte geprägt.

Der Staatsstreich des Zaren war nicht nur eine Zensur, er war ein Verbrechen. Die Artikel 86 und 87 der Grundgesetze verbieten unzweckmäßig die Abänderung des Wahlgesetzes ohne Zustimmung des Reichstags. Der Zar setzte sich über dieses Verbot hinweg, indem er in seinem Manifest erklärte, daß „nur der Macht, welche das erste Wahlgesetz gegeben hatte, der historische Macht des russischen Zaren, das Recht zustehe, dieses alte Gesetz abzuändern und durch ein neues zu ersetzen“. Die von der Regierung ausgeholtene Roseva-Premja soll die Konsequenzen aus diesen Worten des Zaren, indem sie erklärte, daß nicht konstitutionelle Aktionen, sondern „reale Machtverhältnisse“ ausschlaggebend seien, und der alte Einwurf hörbar hinzutat, daß „Gesetze dazu dienen, um verlegt zu werden“. Beimut auf das Zensuratum, das seit Jahr und Tag zum Staatsstreich drängte, und der wohlwollenden Neutralität des Großbürgertums bewußt machte Nikolai II. nicht einmal den Versuch, sein Verbrechen zu beschönigen, sondern er appellierte an die „unmisschränkte Macht“ des Selbstherrnders als die einzige ausschlaggebende Ressource.

Der 16. Juni bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte des „konstitutionellen“ Russlands. Der Zar wagte es nicht, den Drägen der Edstrassen nachzugeben, und die Duma endgültig zu vernichten. Er machte sie „unmöglich“, indem er den Oktobristen und Rechtsparteien die Majorität in den Wahlmännerverhältnissen entzog und sich so eine geflügelte Duma zusammenstellte, die sich zu jeder Sitzung bereit zeigte. Die Stätte, wo die Regierung bis dahin nur Niederlagen erlitten und die Minister mit Schimpf und Schande davongesetzt wurden, wurde nun zum Schauplatz „patriotischer“ Triumphe und zum Ausgangspunkt einer ganzen Reihe reaktionärer Maßnahmen, die die Regierung mit der „moratorischen Unterdrückung“ der Blockrührer unterwarf. Unfähig, an die Völker der grundlegenden Fragen des russischen Lebens zu scheitern, sah die oftbrüderliche Duma ihre Hauptaufgabe im Kampfe gegen die Revolution, in der Wiederherstellung der vorrevolutionären Zustände, in der Unterdrückung der Grenzmarken und Fremdwörter und vor allem — in der Unterdrückung der mit neuer Macht eingesetzten imperialistischen Regierungspolitik. Die führende Duma-Partei war sich darüber einig, daß die herrschenden Zustände unverändert werden müssten. Der Stern ihrer Bestrebungen ließ daraus hinaus, die ökonomische und politische Ausweitung als Hebel für die weitere Entwicklung des russischen Kapitalismus zu benutzen. Die erste Bedingung war aber, daß die Grundlage des alten Regimes — die politische Rechtslosigkeit der Volksmassen und die ökonomische Abhängigkeit des Bauernhofs vom Großgrundbesitz — aufrecht erhalten werde. Dabei die fanatische Vertheidigung der Blutjustiz und der Ausnahmestatte, daher die oftbrüderlichen Geiessprozesse, die nach den Worten der Roseva-Premja schlimmer sind als die „ergieige Wut für“, daher die Sanktionierung der Repressalien gegen die Arbeiterorganisationen und die völlige Ignorierung der Karrfrage, daher aber auch die Angriffe der Duma-Majorität gegen die Regierung in solchen Fragen, die die äußere Stärke des Landes betreffen. Die Amurbahn, die Verweigerung der Flottenkredite, die Kritik der Großfürstentumheit in der Armee — alle diese Fragen liegen trocken ihrer scheinbaren Gegenwart in einer Pfütze. Die Duma des Staatsreiches bestätigte, um die Autonomie von den inneren Angelegenheiten abzulenken, eine aggressive äußere Politik, denn den großen Problemen des Staatslebens, der Agrarfrage, der Arbeiterfrage, der Nationalitätenfrage usw. stellte ebenso ohnmächtig gegenüber, wie die Selbstherrschaft.

Das sind die politischen Ergebnisse des Staatsstreiches, so weit sie sich im Brennpunkt des politischen Lebens in der Russelndia widerspiegeln. Was der Gewaltstreit vom 16. Juni dem Volke gebracht hat, ist aus folgenden Zahlen ersichtlich: Es wurden während des verflossenen Jahres von den Strafgerichten zum Tode verurteilt 2293 Personen, und hingerichtet 901 Personen. Tausende von Personen wurden zur Strafarbeit und Zuchthausstrafe „begnadigt“; die Zahl der nach Sibirien deportierten liegt auf Grund von Gerichtsurteilen um 35 Prozent, und auf Grund administrativer Verhüllungen um 68 Prozent (die Gesamtzahl der Deportierten in Sibirien belief sich am 1. Januar 1908 auf 74 275); endlich wurden auf administrativen Wege geschlossen (bloß bis zum April), 81 Gouvernements und 41 Gouvernementsblätter. Dazu zufügen wäre noch, daß kein einziges Gouvernement des europäischen Russlands von irgend einer Art der Ausnahmezustand frei blieb; von insgesamt 661 Kreisen werden bloß 26 auf Grund der „gewöhnlichen“ Vollmachten der Administration requiert; über ein Sechstel des gesamten europäischen Russlands war der Ausnahmezustand verhängt. Endlich sei noch darauf hingewiesen, daß gegenwärtig 150 000 Personen — oder 40 000 Personen mehr als die russischen Gefangen — überhaupt festhalten können — im sterker idiomatischen, wo sie allen Schrecken, den Käfigen und Käfigantern folterungen bis zum Abschneiden und Sterben ausgelegt sind.

Deutsches Reich.

Die Reichsteuerfrage.

Die Nordb. Abg. legt öffentlich:

Am Freitag und am Sonntag haben im dreiblättrigen Staatsratssaal öffentliche Verhandlungen über die Reichsteuerreform stattgefunden. Diese Verhandlungen werden neuere mit den anderen Landesvereinigungen folgen. Der Reichstag und die dem Bundesrat und Reichstag zugehörigen Kommissionen haben also noch nicht einig. Gegenüber den zahlreichen Meldungen, die in mehr oder weniger reizvoller Form von den Abgeordneten der Reichstagsregierung zu berichten

wissen, kann nur betont werden, daß man es mit Kombinationen zu tun hat, denen es in dem gegenwärtigen Stadium der amtlichen Beratungen noch an ausreichender Unterlagen fehlt. So war das fürglich von der Köln. Volkszeit, der Öffentlichkeit dargebotene Steuerbericht fast durchweg aus Phantasieläden gewunden. Zufällig sind ebenfalls die Angaben des genannten Blattes über eine angeblich am Donnerstag erfolgte Besprechung der Befürührer mit dem Reichstagskler, eine derartige Konferenz hat überhaupt nicht stattgefunden.

Natürlich haben derartige inhaltslose Erklärungen der Offiziellen nicht den Erfolg, die Mitteilungen der Zeitungen über die Steuerpläne zu beenden. Vielmehr tauchen mannigfaltige Neuerungen auf, die auf mehr oder minder zuverlässigen Berichten beruhen.

Nach einer Mitteilung der Magdeb. Sta. kostet der Reichsbahnssekretär, das die entworfene Finanzreform eine Summe von 450 Millionen Mark abwerfen werde. Nach dieser Information sollen die Haushälter seines Entwurfs ein Spiritusmonopol, eine Zigarettensteuer und die Ausdehnung der Reichsverbrauchssteuer auf die Kinder und Ehegatten seien. Das Spiritusmonopol ist in der Form einer Verstaatlichung des Zwischenhandels gedacht; die sogenannte Liebesgabe soll allmählich in voraus bestimmten Zeitabständen zurückgezogen werden. Die Zigarettenverbrauchssteuer soll für den Fall, daß man sich im Reichstage über sie nicht einigen kann, durch eine Tabakfabriksteuer ersetzt werden. Die vertraulichen Verhandlungen zwischen dem Reichsbaudirektor und den in Frage kommenden Interessengruppen haben ergeben, daß eine solche Fabriksteuer, die eine progressive Steigerung vorstellt, wirtschaftlich und auch steuerpolitisch nicht so wünschenswert ist, wie die Verbrauchssteuer. Aus diesem Grunde hält der Reichsbaudirektor vorerst an der Einführung der Zigarettenverbrauchssteuer fest. Die Annahme der Ausdehnung der Reichsverbrauchssteuer ist im Bundesrat bereits gescheitert. Der Betrag dieser drei Haushälter wird auf etwa 250 Millionen Mark berechnet, wovon etwa 150 Millionen auf das Spiritusmonopol, 80 auf die neue Reichsverbrauchssteuer und 60 auf die Zigarettenverbrauchssteuer im einzelnen entfallen. Der Rest soll durch kleinere Steuern aufgebracht werden, über die sich jedoch der Reichsbaudirektor im einzelnen nicht ausläßt; nur, als die Einführung einer Dividendensteuer erörtert wurde, erklärte er, daß er persönlich eine solche doppelte Besteuerung nicht befürworten könne. Desgleichen scheint, daß die jetzige Fahrkartensteuer ganz fallen gelassen werden soll. Im übrigen hat man im Reichstag eine bestimmte Aussicht der kleineren, als Ergänzung der Haupfinanzquellen in Frage kommenden Steuern bis zum Augenblick noch nicht getroffen.

Nach der im Zentralblatt veröffentlichten endgültigen Zusammenstellung der im Eisjahr 1907 zur Auszeichnung gelangten Einnahmen des Deutschen Reiches ergibt sich, daß das Jahr 1907 gegenüber dem Vorjahr um etwa 6 1/2 Millionen Mark schlechter abgeschlossen hat, als man dies nach der Gegenüberstellung der vorläufigen Einnahmen hätte annehmen können. Der Aufschwung des Haushaltssubstanz des endgültigen Ergebnisses gegenüber dem vorläufigen verteilt sich auf fast alle wichtigen Einnahmequellen bis auf die Webselbststempelsteuer, die eine Steigerung um 426 000 Mark zeigt. Wir stellen nachfolgend die tatsächlichen Ergebnisse des Eisjahrs 1907 in Millionen Mark den im Glas angelegten gegenüber: Nebenstehen über den Haushaltsschlag haben erzielt Höhe mit 644,75 (im Glas eingestellt mit 600,37). Zigarettensteuer mit 12,68 (11,47). Salzsteuer mit 57,84 (55,32). Brannweinverbrauchsabgabe 110,32 (102,33). Schaumweinsteuer 5,36 (4,93). Brauwein- und Uebergangsabgabe vom Vier 53,77 (51,74). Spieltaxensteuer 1,00 (1,00). Webselbststempelsteuer 17,34 (14,42). Stempel von Privatlotterien 9,69 (6,53). Stempel von Bractkurlunden 15,72 (13,72) und Reichselbenverwaltung (hier Solleinnahme) 121,54 (117,88) Millionen Mark. Mindesteinnahmen haben erzielt Tabaksteuer 10,32 (im Glas 11,20). Zuckersteuer 188,37 (188,57). Maildorfschleifer 12,97 (14,55). Brennsteuer — 2,61 (0). Stempelsteuer von Wertpapieren 23,87 (28,30). Stempelsteuer von Kaufgeschäften 9,12 (19,60) als Börsesteuer zusammen 32,99 (47,90). Stempel von Staatslotterien 32,07 (32,30) Millionen Mark. Personalaufschlagssteuer 19,18 (19,38). Automobilsteuer 1,57 (2,94). Tantienteuer 4,13 (9,80). Erdölsteuer 26,26 (36,00) und Reichs- und Telegrafen- und Postverwaltung (hier Solleinnahme) 507,17 (610,16) Millionen Mark. Abgesehen von der Post und den Börsesteuern sind es also hauptsächlich die neuen Steuern, die Mindesteinnahmen erzielt haben. Wenn man alle Reichseinnahmequellen zusammenrechnet, so ergibt sich die Einnahmen immer noch einen Überschuss über den Haushaltsschlag von etwa 9 1/2 Millionen Mark, durch die Mehrerinnahmen des Zolls um über 44 Millionen Mark veranlaßt ist. Der größte Teil von diesen Mehrerinnahmen aus den Zöllen wird, da er aus der Erhöhung der Getreideeinfuhr entstammt, dem Hinterbliebenen-Berichtungs-Hof zugute kommen, also für die Bilanz des Reichstags außer Betracht bleiben.

Tuberkulose Kongress. Aus München wird berichtet: Der vom Deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose einberufene 5. Tuberkulose-Kongress ist heute vormittag hier eröffnet worden. Hofrat May, Professor an der Universität München, begrüßte als Vorsitzender die in großer Zahl erschienenen Herzte und gab der Hoffnung Ausdruck, die Bekämpfung der bayerischen Heilstätten werde die auswärtigen Gäste überzeugen, daß Bayern im Kampfe gegen die Tuberkulose nicht zurückbleiben sei. Prof. Friedrich Müller (München) hielt einen Vortrag über die Diagnose der Tuberkulose. Prof. Rieder (München) führte Röntgenaufnahmen von an Tuberkulose erkrankten Lungen vor. Den Vorträgen folgte eine längere wissenschaftliche Diskussion.

Das Eisenbahnunglück bei Trennen. Aus Gnesen wird vom 15. Juni berichtet: Die folgenschwere Eisenbahnkatastrophe, die in der Nacht vom 6. zum 7. August v. J. dem von Warschau kommenden, nach Berlin fahrenden Zug bei der Station Trennen, unweit Gnesen zustand, unterliegt heute der Nachprüfung des hiesigen Landgerichts. Wegen der Außerachtlassung bestehender Dienstvorschriften, der Nichtbeachtung bezw. Nichtgebung von Signalen der fahrlässigen Tötung und der jährlichen Körperverletzung haben sich 13 Eisenbahngeschäftsleute zu verantworten. Den Angeklagten stehen neben Rechtsanwälten als Verteidiger zur Seite. Die Verhandlung findet mit Rücksicht auf die große Zahl der Zeugen im Schwurgerichtssaal statt. Im Gerichtssaal haben zahlreiche Pläne und große Tafeln Aufstellung gefunden. Es sind Geschwindigkeitsmesser zur Stelle geschafft. Schienenteile, Lücken, die Wälder mit Instruktionsschildern usw.

Das Unglück wird darauf zurückgeführt, daß die Angeklagten bei den Gleisumbauten zu tief ausgetoffert waren. Den angeklagten Polizeiführern wird zur Verteilung, daß sie unter Außerachtlassung der Warnungssignale mit voller Geschwindigkeit über die Baustelle gefahren sind. Die Zeugen sind meistens Mitarbeiter und Kollegen der Angeklagten. Die Vernehmung der Angeklagten, die sämlich ein Verhältnis bestreiten, nahm den ganzen Tag in Anspruch. Sie behaupten, daß die Anschuldigungen in der fraglichen Nacht genau so wie auch sonst ausgeführt worden waren. Von besonderem Interesse ist die Vernehmung des Angeklagten Barzel, der in der Unglücksnacht die Vorortenlokomotive vor dem V. Zug geladen habe. Er sei höchstens mit einer Geschwindigkeit von 45 Kilometer an der Unfallstelle vorbeigefahren. Von den Umbauten habe er nichts gewußt. Wenn solche Umbauten vorgenommen wurden, hätte er nach den

bestehenden Vorschriften auf der Station Trennen vorher entschieden müssen, daß sei aber nicht geschehen. Über die Urteilsfällung werden wir berichten.

Meine politische Nachrichten. Die Abhängigen in Bezug auf die Regelung des Streits. Zwischenfälle waren nicht zu verhindern. Der Kriegsminister Biennert mehrere Schüsse ab. Es wurde eine Kugel verletzt. — In der portugiesischen Kammer besaß die Partei der Arbeit die absolute Mehrheit. Der Finanzminister wurde in keinen Ausschüssen mehr unterbrochen. Der Präsident nahm sich genötigt, die Signatur zu weichen.

Druckschleberichtung. In der gestrigen Notiz über die Herrschaft in den Kolonien mußte es, wie sich versteht, den Begriff „Koloniale“ heißen.

Ausland.

Schweiz.

Schiedsgericht über die Zollstreitigkeit.

Bern, 15. Juni. Der Bundesrat hat beschlossen, daß in Deutschland angeregte Schiedsgericht in Sachen der in die Zollfrage bestehenden Meinungsverschiedenheiten unter Berücksichtigung der Schweiz vorgeschlagenen Bedingungen angenommen zu geeignet erscheinen, eine sachgemäße und beschleunigte Lösung herbeizuführen.

Österreich-Ungarn.

Bischoppe gegen Deutschland.

Wien, 15. Juni. Das Ackerbauministerium ordnete es weiterhin unbedingt die Einführung von Kindwohl nach Österreich ab, wobei die Lungenseuche betroffenen Sozialgebieten des Deutschen Reiches: Aus dem Stadtteil Berlin, den Regierungsbezirk Wien, Bromberg und Düsseldorf, den Kreishauptmannschaften Leipzig in Chemnitz, endlich aus dem Herzogtum Sachsen im Herzogtum Coburg und Gotha.

Vom Hochschulstreit.

Wien, 15. Juni. Der Rektor der Wiener Universität hat in Rundschreiben erlassen, in der mitgeteilt wird, daß die in Wien zusammengesetzten Rektoren zu der Überzeugung gelangt sind, daß die Rechtsminister die Befreiheit der Hochschulprofessoren und die Freiheit der Forschung in vollem Umfang allerorten unbedingt wünschen, um die Autonomie der Hochschulen schwärzen zu lassen. Hierbei die Studierenden auf, vom Streik abzulassen, unter Hinweis auf die dadurch entstehenden schweren Nachteile und Schädigungen. Der Rektor der Universität fügt hinzu, er habe die gesetzliche Vorschrift für die Kunstfeste geschaffen sei.

Belgien.

Die Übernahme des Kongostates.

Brüssel, 15. Juni. Heute ist ein Schriftwechsel veröffentlicht worden, der zwischen der amerikanischen, der belgischen und der englischen Regierung bezüglich der Übernahme des Kongostates durch Belgien geplagt wurde. Das erste Schriftstück ist eine Develde des Ministeriums Neuhaven, in der die belgischen Gesandten in London und Washington bestimmt werden, daß nach einer von dem englischen und dem amerikanischen Botschafter in privater Form getroffenen freundlichen Absicht die beiden Regierungen die Annexion des Kongostates als die beste Lösung der vorgekommenen Schwierigkeiten betrachten, vorzusehen, so Belgien dabei gemäß den bestehenden Vertragbestimmungen einzutreten. In einer Antwort an den englischen und den amerikanischen Gesandten erklärt der Minister des Auswärtigen, daß die Regierung in voller Unabhängigkeit geprüft werden möge, ob die Regierung ihre internationalen Verpflichtungen erfüllen möchte. In einer anderen Develde drückt der Minister die Beurteilung aus, daß die Niederlande, die vom Staatssekretär Grey in London gehalten wurden, die Annexion des Kongostates als die bestehenden Schwierigkeiten gestalten und das Nationalgefühl beunruhigen würden. In einem Memorandum des Unterstaatssekretärs Hardinge vom 30. Mai 1908 wird ausdrücklich gesagt, wie England sich die durch die Annexion des Kongostates aufgetretenen Verpflichtungen vorstellt. In einer amerikanischen Note vom 7. April d. J. wird die Hoffnung ausgedrückt, daß Belgien sich im Falle der Übernahme des Kongostates nach den humanen Bestimmungen des Berliner und Brüsseler Urteils richten werde. In weiteren Schriftstücken bestehen die Vereinigten Staaten und England auf dem Rechte, für die Missionare von Tschad zu erwerben, und legen ihre Ansichten hinsichtlich der Beurteilung ab.

England.

Kapitalvereinigungen. — Alterspensionen. London, 15. Juni. Unterhaus. Ritter stellt die Angabe vor, ob die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Meldepflicht von ausländischen Firmen Englands, Deutschlands, Russlands und der Vereinigten Staaten umfassen soll, und ob die Regierung im Interesse des englischen Handels ein Mittel zu suchen beabsichtige, um bestehende Vereinigungen ungefährlich zu machen. Der Handelsminister erwidert, er habe die fraglichen Meldepflichten in den Zeitungen gelesen, aber keine Mitteilung erhalten, durch welche bestätigt werden. Es sei nicht beabsichtigt, auf dem Wege der Gesetzgebung Schritte zu tun, um Kapitalvereinigungen ungünstig zu machen.

Das Haus begann sodann die zweite Lesung des Alterspensionsgesetzentwurfs, wie dieser von dem Premierminister Asquith in seiner Budgetrede am 7. Mai des Jahres entworfen worden war. Schatzminister Lloyd George erläuterte und verteidigte die Bestimmungen des Alterspensionsgesetzes. Das Verteidigungsausschuss ist in England nicht durchführbar. Redner wies darauf hin, daß die hochtaufwendende Summe nach der Schätzung 74 Mill. £. für die Annexion des Kongostates aufgetreten ist. Der Liberale Clegg beantragte ein Änderungsamt zum Beitragsystem und empfahl das deutsche und das österreichische System.

Norwegen.

König Haakons Wandelungen.

Christiania, 12. Juni. (S. 1.) Die Norweger nehmen mit größtem Gefühl wahr, daß ihr König Haakon dem „Geiste des Friedens“ unterliegt, indem er freiwillig Herrscher des wohlwollenden demokratischen Zug, der ihn früher vor anderen gekrönten Häusern auszeichnete, immer mehr ablebt. Ein norwegisches Blatt drückt zum Beweise dieser bedeutsamen Wandlung des Königs Haakon in antideutschlicher Rasse eine vom König stammende Telegramme ab. Dieselben sind seit einer Zeit gesammelt worden, zu welcher der bescheidene dänische Prinz Haakon wegen Thron bestieg, und lassen, in ihrer chronologischen Abfolge gelesen, deutlich erkennen, wie der Dänenprinz als König immer mehr bühnengewandt wird und sich die Fassung angenehm, die bei regierenden Fürsten üblich ist.

Im Jahre 1905 heißt es in einer Antwort des Königs Haakon: „Ich kann Ihnen und meiner Frau besten Dank und herzliche Grüße.“

Das Jahr darauf, 1906, war schon der Sohn der Königin besten Dank und herzliche Grüße.“

In der ersten Hälfte des Jahres 1907 hieß es: „Unseren besten Dank für den herzlichen Grüß! Haakon.“